



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**8. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 05.03.2024	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	17:58 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Renate Prüß - SPD & FW		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Michelle Akyurt - CDU		
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU		
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender		bis TOP 6.1 ; 16:40 Uhr
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
Gregor Voht - SPD & FW		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD & FW		
Delf Kröger - CDU		
Max Manegold - FDP		
Wolfgang Baasch - SPD & FW		
Andrej Frank - AfD		
Sabine Hallmann - Unabhängige Volt-PARTEI		
Volker Nehrhoff - CDU		
Daniela Schindler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Mara-Lena Zeplin - LINKE & GAL		ab TOP 6.1; 16: 40 h
<b>Beiratsmitglieder</b>		
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen		
<b>Verwaltung</b>		
Eva Bischoff - Bereich Soziale Sicherung		
Daniel Blank - FBC FB 2		

FB 2 Personalrat - Personalrat	nur öffentl. Teil
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	nur öffentl. Teil
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Claudia Schwartz - Soziale Sicherung	nur öffentl. Teil
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen 2.502 SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentl. Teil
Matthias Wulf - Soziale Sicherung	nur öffentl. Teil
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 Gesundheitsamt	nur öffentl. Teil
<b>Protokollführung</b>	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
<b>Gäste</b>	
Frau Bünnagel - Medi-Büro	bis Top 4.3 ; 16.35 Uhr
Frau Schwerin - Medi-Büro	bis Top 4.3 ; 16:35 Uhr
-	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Judith Bach - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Sandra Odendahl - SPD & FW	entschuldigt
Katrin Funk - Unabhängige Volt-PARTEI	entschuldigt
Nil Gersdorf - CDU	entschuldigt
Rainer Holtz - AfD	entschuldigt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2024	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Sachstand zur Situation der Geflüchteten in Lübeck	
3.2	Anfrage von AM Voht vom 20.02.2024 zur der Befragung in Bezug auf Post- und Long-Covid	
3.3	Anfrage von AM Siegenbrink vom 20.02.2024 zum Sachstand Senior:innentreff St-Lorenz-Süd	
3.4	Anfrage von AM Prüß vom 05.12.2024 zum Projekt "Knappe Kassen"	
3.5	AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Anfragen zum Bericht Senior:InnenEinrichtungen SIE	<b>VO/2024/13075</b>
3.6	NEU: Mitteilung Frau Senatorin Steinrücke zum Vorwurf der Misswirtschaft in der SIE	
3.7	NEU: Mitteilung von Frau Rummert zum AMIF-Projekt mit der Brücke Lübeck/Ostholstein	
3.8	NEU: Anfrage AM Dr. Grohmann zur Entwicklung der Schuleingangsuntersuchungen	
4	Berichte	
4.1	Bericht zur Umsetzung der Inklusiven Lösung für junge Menschen (SGB VIII/ IX)	<b>VO/2024/12954</b>
4.2	Gesundheitsbericht 2023	<b>VO/2023/12648</b>
4.3	Vorstellung von Medi-Büro	
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Die Unabhängige Volt-PARTEI Antrag: Ehem. Priwall-Krankenhausgelände der Grundstücks-Gesellschaft Trave übertragen	<b>VO/2023/12775</b>
6.2	Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kom-	<b>VO/2023/12461</b>

	munale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!	
6.2.1	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): ÄÄ zu VO/2023/12461 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieter-schutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!	<b>VO/2023/12461-01</b>
6.3	Fraktion LINKE & GAL, AT zu: Lübeck bekennt sich zu In-halten und Zielen der Istanbul-Konvention	<b>VO/2024/13018-01</b>
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychi-sche Erkrankungen und bestehende Angebote	<b>VO/2024/12914</b>
7.1.1	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): ÄÄ zu VO/2024/12914 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklä-rungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote	<b>VO/2024/12914-01</b>
7.2	AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstüt-zung für den Begegnungstreff Salut	<b>VO/2024/12931</b>
7.2.1	AM Andreas Müller (LINKE): Änderungsantrag zu VO/2024/12931 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut	<b>VO/2024/12931-01</b>
7.3	Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Keine Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete in Schleswig-Holstein / Lübeck	<b>VO/2024/12960</b>
7.4	Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Lü-beck bekennt sich zu Inhalten und Zielen der Istanbul-Kon-vention	<b>VO/2024/13068</b>
8	Verschiedenes	
8.1	NEU: AM Akyurt erfragt Sachstand Housing First	
8.2	NEU: AM Gröschl-Bahr: Nachfrage zur interfraktionellen Arbeitsgruppe i.S. Stellen für Sozialpsych. Dienst	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Be-schlüsse	

Öffentlicher Teil:

<b>zu 1      Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen</b>
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Sie verweist auf die vergangenen langen Sitzungsverläufe und bittet um einen regen inhaltlichen Austausch, kündigt aber an, bei künftigen Sitzungen gegen 18.00 Uhr/18.30 Uhr eine Sitzungspause machen zu wollen, sofern sich abzeichnet, dass die Sitzung länger dauern wird. Sie kündigt ferner an, die Rednerliste zu begrenzen, damit alle Themen der Tagesordnung behandelt werden können und nicht in der folgenden Sitzung erneut aufgerufen werden müssen.

Sie schlägt vor, den TOP 4.2 zu vertagen, da der Gesundheitsbericht noch nicht vorliegt. Die Vertagung wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 7.3 erklärt die Vorsitzende, dass der Antrag nicht zulässig ist und verliert dazu die Stellungnahme des Rechtsamtes. TOP 7.3 wird somit von der Tagesordnung ersatzlos gestrichen.

Sie schlägt vor, die Vorstellung des Medi-Büros unter TOP 4.3 vorzuziehen. Der Ausschuss beschließt einstimmig den Vorschlag.

Für TOP 6.3 und 7.4 begründet Herr Müller die Dringlichkeit für seinen Antrag sowie für den Überweisungsbeschluss aus der Bürgerschaft mit dem identischen Inhalt.

Frau Siegenbrink erklärt, auch die Wichtigkeit dieses Antrages zu erkennen, verweist aber auf weitere Überweisungsaufträge zu diesem Thema, die nicht auf der TO stehen und zusammen beraten werden sollten. Zudem wird es noch Veranstaltungen zu diesem Thema geben, so dass dieser Antrag heute nicht die Dringlichkeit der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erhält.

Die Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit von TOP 6.3 abstimmen  
Der Ausschuss lehnt die Dringlichkeit mit 5 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen ab.

Die Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit von TOP 7.4 abstimmen  
Der Ausschuss lehnt die Dringlichkeit mit 5 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen ab.

Weiter schlägt die Vorsitzende vor, die aus der letzten Sitzung vertagten TOP 6.1, 6.1.1 sowie TOP 7 vorzuziehen, sodass sich folgende Beratungsfolge ergibt: Top 2 – Niederschrift; TOP 4.3 - Vorstellung Medi-Büro und dann die vorgezogenen TOP 6.1, 6.1.1 und Top 7.

Herr Müller-Lornsen schlägt vor die Punkte unter TOP 3 noch vor den Punkten TOP 6.1, 6.1.1 und TOP 7 zu beraten.

Die Vorsitzende lässt über ihren ersten Vorschlag abstimmen:  
Der Ausschuss nimmt mit 12 Ja-Stimmen, und 3 Enthaltungen den Vorschlag für die geänderte Tagesordnung an.

Die Vorsitzende lässt auch über den Vorschlag zur Tagesordnung von Herrn Müller-Lornsen abstimmen. Der Ausschuss lehnt den Vorschlag mit 3 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen ab.

Frau Akyurt erbittet die Information, warum ein Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft den Weg in die heutige Sitzung geschafft hat und die anderen Überweisungsaufträge nicht. Die Protokollführung erklärt, dass dieser eine Überweisungsauftrag auf die Nachtragstagesordnung genommen wurde, weil er wortgleich mit dem Antrag von Herrn Müller unter TOP 7.4 war und um hierzu nur einmal beraten werden muss. Andernfalls hätte man den Antrag heute und auch in der kommenden Sitzung aufrufen müssen. Mit der Ablehnung zur Dringlichkeit werden nun beide Anträge auf die TO im Mai kommen.

Frau Akyurt erbittet hierzu nähere Aufklärung, die Frau Senatorin Steinrücke mit einer Stellungnahme des BdB zusagt.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis TOP 14 en bloc einzeln abstimmen:

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Teilnahme von Herrn Blank und Frau Timmermann von der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil.

Abschließend lässt die Vorsitzende über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss beschließt die geänderte Tagesordnung einstimmig.

Die Vorsitzende verpflichtet das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Frau Maralena Zeplin mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

## **zu 2      Genehmigung der Niederschrift**

### **zu 2.1      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2024**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Vorsitzende lässt über die Niederschrift abstimmen. Der Ausschuss beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung die Niederschrift.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

## **zu 3      Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

### **zu 3.1      Sachstand zur Situation der Geflüchteten in Lübeck**

#### ***Dieser TOP wurde nach TOP 7.2.1 beraten***

Frau Schwartz berichtet von der Situation der Geflüchteten und erläutert das operative Geschäft von der Suche nach neuen Unterkünften. Aus Sicht der Verwaltung könnte dieser Dauer-TOP von der Tagesordnung genommen werden. Die Verwaltung sagt zu, bei bedeutenden Veränderungen zu berichten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und ist mit der Absetzung des Dauer-TOP einverstanden.

**zu 3.2      Anfrage von AM Voht vom 20.02.2024 zur der Befragung in Bezug auf Post- und Long-Covid**

***Dieser Top wurde nach TOP 3.1 beraten.***

Herr Dr. Mischnik erläutert noch einmal seine Aussage vom 11.10.2024. Herr Voht konkretisiert seine Anfrage aus der letzten Sitzung, ob die Patienteninitiative „nicht genesen“ mit dem Gesundheitsamt im Kontakt stehen würde. Herr Dr. Mischnik erklärt, dass es keinen Kontakt gibt, dieses aber geprüft werden kann. Hierzu spricht Frau Zeplin.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 3.3      Anfrage von AM Siegenbrink vom 20.02.2024 zum Sachstand Senior:innentreff St-Lorenz-Süd**

***Dieser TOP wurde nach TOP 3.1 beraten.***

Herr Wulf berichtet von Stand des Verfahrens. Er betont, dass ein Beteiligungsformat mit älteren Menschen und bestehenden Gruppen vor Inbetriebnahme des Treffs in das Pflichtenheft aufgenommen wird und somit eine verbindliche Vorgabe ist.

Frau Siegenbrink erfragt die Zeitschiene.

Herr Wulf stellt dar, dass es nach der Veröffentlichung der Ausschreibung, die nach der Vergabeordnung deutschlandweit zu erfolgen hat, eine dreiwöchige Bewerbungsfrist gibt. Dann erfolgt eine Auswertung und im ersten Step werden die unterlegenen Anbieter:innen informiert, bevor man den Zuschlag erteilt. Es wird etwa im Sommer abgeschlossen sein. Sofern der ausgewählte Träger nicht über eigene Räumlichkeiten im Stadtteil verfügt, müssen dann noch durch den Träger geeignete Räumlichkeiten gesucht und angemietet werden.

Frau Akyurt bedankt sich für die bisherige Arbeit und auch dafür, dass an die Beteiligung gedacht wurde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 3.4      Anfrage von AM Prüß vom 05.12.2024 zum Projekt "Knappe Kassen"**

***Dieser TOP wurde nach TOP 3.3. beraten.***

Frau Schwartz berichtet, dass das Projekt bekannt ist und auch gut bewertet wird. Sollte hier eine Regelfinanzierung gewollt sein, so kann das nur über einen Budgetvertrag erfolgen, da es eine freiwillige Leistung ist und darüber hat dann die Bürgerschaft zu entscheiden.

Derzeit wird das Projekt von der Possehl-Stiftung unterstützt und es ist nicht bekannt, ob diese Unterstützung ausläuft.

Der Ausschuss erteilt einstimmig Herrn Weidmann von der Gemeindediakonie das Wort, der berichtet, dass die aktuelle Förderperiode noch bis 31.10.2024 läuft und man gerade alles aufbereitet für eine weitere Beantragung der Förderung.

Herr Weidmann stellt zudem dar, dass ein Großteil der Arbeit mittlerweile darin besteht, bei dem Ausfüllen von Anträgen an Behörden zu unterstützen. Es wird größtenteils die Rolle eines „Kümmerers im Stadtteil“ wahrgenommen

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 3.5 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Anfragen zum Bericht Senior:InnenEinrichtungen SIE  
Vorlage: VO/2024/13075**

***Dieser TOP wurde nach TOP 3.4 beraten.***

Die Antwort wird schriftlich vorbereitet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

1. Laut dem Bericht sollen die vollständigen Ziele der SIE bis 2030 nur mit einem Neubau auf dem Grundstück d. Firma Jühns erreichbar sein. Dazu gibt es bisher kaum weitere Informationen, deshalb wird um die Beantwortung der folgenden Fragen dazu gebeten:
  - Soll das Grundstück gekauft werden? Wenn ja, was kostet es?
  - Soll das Gebäude vom Grundstückseigentümer errichtet werden? Wenn ja, ist diese Verhandlung mit dem Vergaberecht vereinbar?
  - Sollen Grundstück und Gebäude gekauft oder gemietet werden?
  - Ist die Neubaukostenkalkulation vergleichbar mit den Kostenansätzen der Machbarkeitsstudie?
2. Welchen Vorteil bietet es für die SIE, das betreute Wohnen unter dem Dach der SIE anzubieten, wenn sowieso die Trave die Verwaltung übernehmen soll? Warum macht das nicht gleich die Trave ohne die SIE?
3. Bitte die Wirtschaftlichkeit des Aufbaus eines ambulanten kommunalen Pflegedienstes darstellen.
4. Soll die Pflege der Bewohner\*innen in den Wohnungen des betreuten Wohnens durch einen eigenen kommunalen noch aufzubauenden Pflegedienst übernommen werden? Wenn ja, warum? Ist geplant, im Rahmen des betreuten Wohnens auch eine Kooperation mit bereits bestehenden Pflegediensten einzugehen? Wenn ja, wie sehen die Pläne dazu konkret aus?
5. Warum soll die Prassekstraße noch über das Jahr 2030 hinaus betrieben werden, obwohl beschrieben wird, dass eine Einrichtung mit 70 Plätzen nicht wirtschaftlich be-

- trieben werden kann? Quantitativ müsste die Einrichtung ja eigentlich nicht mehr erforderlich sein, wenn der Behnckenhof jetzt weiterbetrieben wird und warum wurde keine Machbarkeitsstudie für die Prassekstr. beauftragt?
6. Warum lohnt sich für den Eigentümer eine Sanierung des Behnckenhofes, aber nicht für die ehem. Gebäude der VT? Was ist dort anders?
  7. Bei Übernahme der Immobilien von der Stiftung sollte der Finanzbedarf bis 2025 für die Instandhaltung bei 7 Mio EUR liegen. Die tatsächlich ausgegebenen Kosten für 2023, sowie die geplanten Kosten für 2024 haben Sie bereits übersandt. Haben Sie auch schon geplante Kosten für 2025?
  8. In welchem Umfang können die Stellen für das Gebäudemanagement der SIE durch die Pflegeentgelte refinanziert werden und wenn nicht vollständig, welche Verluste entstehen den SIE dadurch voraussichtlich in den kommenden Jahren?
  9. Könnten die Machbarkeitsstudien bitte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und dem Bericht angehängt werden?

### **zu 3.6 NEU: Mitteilung Frau Senatorin Steinrücke zum Vorwurf der Misswirtschaft in der SIE**

Frau Senatorin Steinrücke nimmt Bezug auf die verschiedenen Sitzungen der vergangenen Woche und insbesondere zu dem Vorwurf der Misswirtschaft bei den SIE. Sie stellt klar, dass das dargelegte zu erwartende Defizit von 3,6 Mio. Euro sich mit einem Anteil von ca. 1,5 Mio Euro durch die Thematik HGH (Freihaltung von Plätzen in anderen Einrichtungen etc.) und den inflationären Kostensteigerungen (Mieten etc.) begründen lässt. Sie verweist darauf, dass in der Ausschusssitzung bereits dargelegt wurde, dass die Personalkosten aufgrund tariflicher Veränderungen gestiegen sind und auch die Kosten für Leiharbeit bei den Sachkosten zu erheblichen Steigerungen geführt hat.

Sie stellt fest, dass der schwerwiegende Vorwurf der Misswirtschaft u.a. auch deshalb nicht bestehen kann, da mit der einstimmigen Annahme des Wirtschaftsplanes die Politik deutlich ihr Vertrauen ausgesprochen hat.

Den erfolgten Vergleich der Eigenanteile der Bewohnenden der städtischen SIE zu den Eigenanteilen im Rosenhof relativiert Frau Senatorin Steinrücke mit dem Verweis auf eine andere Finanzierungsstruktur im Rosenhof und den Vergleich von Einzelzimmern zu Doppelzimmern. Als Hauptgeschäft des Rosenhofes wird die Vermietung der Appartements angesehen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **zu 3.7 NEU: Mitteilung von Frau Rummert zum AMIF-Projekt mit der Brücke Lübeck/Ostholstein**

Frau Rummert berichtet, dass der Träger die Brücke Lübeck/ Ostholstein in Kooperation mit der Stabstelle Integration Koordinierung Flüchtlingsarbeit und dem Sozialpsychiatrischen

Dienst ein AMIF Projekt für Lübeck gewinnen konnte. (AMIF bedeutet Asyl-, Migration- und Integrationsfonds der Europäischen Union).

Das dreijährige Projekt mit Namen "Zentrum für kulturelle und psychosoziale Integration für Menschen mit Teilhabebeeinträchtigungen in Lübeck und Umgebung" startet zum 01.03.2024 und die Fördersumme beträgt ca. 2,8 Millionen.

Ein genauerer Bericht zu den Projektinhalten und Zielen wird die Stabsstelle Integration mit der Geschäftsführung der Brücke Lübeck/Ostholstein in der Mai-Sitzung vorstellen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

<b>zu 3.8</b> <b>NEU: Anfrage AM Dr. Grohmann zur Entwicklung der Schuleingangsuntersuchungen</b>
---

Herr Dr. Grohmann erbittet zur nächsten Sitzung den Sachstand zu den Schuleingangsuntersuchungen in Lübeck.

Herr Dr. Mischnik sagt dieses für die kommende Sitzung zu,

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

<b>zu 4</b> <b>Berichte</b>
-----------------------------

<b>zu 4.1</b> <b>Bericht zur Umsetzung der Inklusiven Lösung für junge Menschen (SGB VIII/IX)</b> <b>Vorlage: VO/2024/12954</b>
--

***Dieser TOP wurde nach TOP 3.8 beraten.***

Frau Schwartz berichtet von den Bemühungen und dem Ergebnis der Zusammenführung der Leistungen für junge Menschen, die seit 1.1.24 beim Fachbereich 4 bearbeitet werden. Frau Schwartz berichtet weiter, dass in dieses Zuge 9 Stellen in den Fachbereich 4 abgegeben wurden.

Herr Müller-Lornsen erfragt, ob es in Lübeck schon Verfahrenslotsen gibt und wie die Bedarfslage eingeschätzt wird.

Frau Bischoff berichtet, dass bereits eine Stelle des Verfahrenslotsen besetzt werden konnte und dieser im FB 4 angegliedert ist.

Herr Müller-Lornsen erfragt, ob die 9 Stellen jetzt in der Sozialen Sicherung fehlen. Frau Schwartz erklärt, dass die Stellen mit den Fällen in den FB 4 gegeben wurden.

Herr Baasch lobt diese Umsetzung und bescheinigt damit eine gute Lösung für alle betroffenen Kinder und Jugendlichen in Lübeck.

Frau Akyurt schließt sich den Ausführungen von Herrn Baasch an.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**Beschluss:**

Sachstandsbericht zur Umsetzung der Zusammenführung der Leistungen von jungen Menschen mit Behinderung unter dem Dach der Jugendhilfe gem. Bürgerschaftsbeschluss vom 25.06.2020 (VO/2020/08926-06).

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

<b>zu 4.2 Gesundheitsbericht 2023 Vorlage: VO/2023/12648</b>
--

vertagt

**Beschluss:**

Jährlicher Bericht zur Gesundheit und zur Gesundheitsversorgung der Lübecker Bevölkerung.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

<b>zu 4.3 Vorstellung von Medi-Büro</b>
---

Dieser Top wurde nach TOP 2 beraten.

Frau Bünnagel und Frau Schwerin vom Medi-Büro stellen anhand einer Power Point Präsentation die Organisation vor.

Hierzu sprechen Herr Kröger, Herr Baasch, Herr Müller und Herr Dr. Grohmann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5      **Beschlussvorlagen****

**zu 6      **Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft****

**zu 6.1    **Die Unabhängige Volt-PARTEI Antrag: Ehem. Priwall-Krankenhausgelände der Grundstücks-Gesellschaft Trave übertragen**  
**Vorlage: VO/2023/12775****

***Dieser TOP wurde nach TOP 4.3 beraten.***

Frau Steinrücke berichtet, dass diese Vorlage auch im Wirtschaftsausschuss beraten wurde. Sie nimmt Bezug auf die Mitteilung von Dr. Rasch von der Grundstücksgesellschaft Trave und berichtet, dass man an dem Standort plant, zu 40 % eine Wohnbebauung für Mitarbeitende der Gastronomie zu entwickeln. Die Vorlage wird für den Wirtschaftsausschuss vorbereitet.

Herr Müller verlässt die Sitzung und Frau Zeplin nimmt den Platz ein.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss stimmt mit 2 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gegen den Beschlussvorschlag.

**Beschluss:**

Das Grundstück des ehem. Krankenhausgeländes auf dem Priwall mit den darauf stehenden Gebäuden soll auf die Grundstücks-Gesellschaft Trave mbH übertragen werden, damit diese die dortigen Gebäude zu preisgünstigen Wohnungen entsprechend den Vorgaben der Stadtverwaltung umbauen kann. Diese Übertragung sollte als Kapitalerhöhung durch Sacheinlage bei der Grundstücks-Gesellschaft Trave mbH erfolgen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	2
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich die Vorlage abzulehnen.

**zu 6.2    **Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!**  
**Vorlage: VO/2023/12461****

***Dieser Top wurde nach TOP 6.1. beraten.***

Es erfolgt eine gemeinsame Beratung der TOP 6. und TOP 6.2.1.

Herr Voht begründet erneut den Antrag.

Frau Senatorin Steinrücke wirft ein, dass der Antrag eine Erledigung bis März 2024 vorgibt, was nicht erfolgen kann. Hier müsste man die Sitzung im Mai 2024 aufnehmen.

Frau Akyurt stimmt der Senatorin zu und bekräftigt, dass man eine gute Beratungsstruktur schaffen möchte. Sie fügt hinzu, dass es auch jetzt schon funktionierenden Strukturen mit u.a. dem Mieterverein gibt.

Frau Siegenbrink stimmt Frau Akyurt zu und erklärt für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen die Unterstützung des Antrages.

Die Vorsitzende lässt über die beiden Anträge nacheinander abstimmen:

ÄAntrag unter TOP 6.2.1 wird mit 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Der Antrag unter TOP 6.2 wird mit 3 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

### **Beschluss:**

Der Bürgermeister möge bis zur Haushaltssitzung im September 2023 berichten, welchen Umfang an Personalstellen und Sachmitteln es bedarf, um eine städtische Mieter:innenberatungsstelle zu schaffen. Eine Tandem-Lösung aus Verwaltung und einem externen Träger, ähnlich der Koordinierungsstelle Ehrenamt, ist als Variante vorzuschlagen.

Zielsetzung soll eine kostenlose Beratung zu allen Fragen rund um das Wohnraummietrecht sein, sowie Unterstützung bei der Suche nach anwaltlicher Beratung in Sachen des Mietrechts. Die Beratung soll beispielsweise folgende Themen umfassen:

- Mieterhöhung / Mietpreis
- Betriebskosten / Heizkosten
- Kautions
- Kündigungen
- Schönheitsreparaturen
- Konflikte zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen
- Rechte und Pflichten von Mieter:innen und Vermieter:innen
- Spezielle Beratung für junge Mieter:innen unter 26 Jahren mit deren spezifischen Bedarfen

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	3
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.1 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): ÄA zu VO/2023/12461 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!**

Gemeinsame Beratung mit TOP 6.2

Der Antrag wird wie folgt geändert:

„Die Verwaltung möge in der Sozialausschusssitzung im **MAI 2024** berichten, ...“

**Beschluss:**

*Die Verwaltung möge in der Sozialausschusssitzung im März 2024 berichten, welche Beratungsstellen im Bereich Mietrecht in Lübeck aktiv sind und wie diese ausgelastet sind bzw. welcher Mietrechtsberatungsbedarf noch zusätzlich besteht und bisher nicht gedeckt werden kann.*

*Bis zur Sozialausschusssitzung im Juni 2024 ist darüber hinaus ein Konzept vorzulegen, wie die vorhandenen Angebote den Bürgerinnen und Bürgern zugänglicher gemacht werden können und Menschen, die Unterstützung brauchen, diese schneller finden können. Dabei ist insbesondere auf die Möglichkeiten einzugehen, mehr Beratungsangebote in die Quartiere zu verlagern. Sollten sich zusätzliche Bedarfe ergeben, die bisher nicht gedeckt werden können, ist in dem Konzept aufzuzeigen, wie diese zusätzlichen Beratungsbedarfe erfüllt werden können. Hierbei ist vorrangig zu berichten, wie Beratungen zum Wohnraummietrecht in die bestehenden Strukturen der sozialen Sicherung unter Beteiligung der vorhandenen Stadtteilbüros integriert werden könnten. Es ist zu prüfen, ob solche Beratungen ohne zusätzlichen Personaleinsatz durch Umschichtung bestehender Beratungsangebote oder durch andere Umschichtungen organisiert werden könnten.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich gem. Antrag zu entscheiden.

**zu 6.3 Fraktion LINKE & GAL, AT zu: Lübeck bekennt sich zu Inhalten und Zielen der Istanbul-Konvention  
Vorlage: VO/2024/13018-01**

Der Überweisungsbeschluss hat die erforderliche Dringlichkeit nicht erhalten und wird vertagt.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister lädt zu einem Arbeitskreis ein, um über konkrete Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu beraten und notwendige Maßnahmen auch zur Bewältigung der Folgen von Gewalt gegen Frauen und ggf. mit betroffener Kinder auf den Weg zu bringen.

An dem Arbeitskreis sollen möglichst Mitarbeitende aller tangierenden Fachbereiche, Frauenbüro, Vertreter\*innen demokratischer Fraktionen, der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser teilnehmen.

Erste Maßnahmen sollen bis zur Haushaltssitzung im September 2024 identifiziert werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 7.1 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote  
Vorlage: VO/2024/12914**

Dieser Top wurde nach TOP 6.2.1 beraten.

Frau Zeplin freut sich über den Antrag und begrüßt die Befassung mit der Thematik.  
Herr Müller-Lornsen befürwortet den Antrag.

**Beschluss:**

*Um die Themen „psychische Erkrankungen“ und „Suizidalität“ in der Stadt Lübeck sichtbar zu machen, wird die Verwaltung beauftragt, eine Kampagne zu gestalten, die auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam macht.*

*Denkbar wären Mottos wie "Du bist nicht allein!" oder "Wir sind für dich da!"*

*Die Kampagne soll mit Flyern, Plakaten und einem Social-Media-Team gestaltet werden.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Ausschuss für Soziales empfiehlt einstimmig der Bürgerschaft gem. Antrag zu entscheiden.*

**zu 7.1.1 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt**

**(CDU), AM Max Manegold (FDP): AÄ zu VO/2024/12914 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote  
Vorlage: VO/2024/12914-01**

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.1.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, ob im Jahr 2024 in der Stadt Lübeck eine Aufklärungskampagne zum Thema "Psychische Erkrankung" und "Suizidalität" realisiert werden kann.

Ziel ist es, auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam zu machen und das Thema in den Fokus zu rücken.

Der Prüfauftrag zielt auf die Kosten für die Durchführung und die Art/Umfang einer solchen Kampagne sowie auf die zeitnahe Umsetzung ab.

Wir erwarten eine Rückmeldung im zweiten Quartal 2024, die dem Sozialausschuss vorgelegt werden soll.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Ausschuss für Soziales empfiehlt einstimmig der Bürgerschaft gem. Antrag zu entscheiden.*

**zu 7.2 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut  
Vorlage: VO/2024/12931**

Dieser TOP wurde nach TOP 7.1.1 beraten

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.2.1

Frau Siegenbrink begründet den Antrag und bittet auch hier die Informationen für die Sitzung im Mai bereitzuhalten, zu der auch die Betreiber einzuladen sind.

Frau Akyurt kann sich dem Antrag anschließen und betont, dass der Fortbestand des Begegnungstreffs gewollt ist, dem aber zunächst eine Prüfung vorangehen sollte.

Herr Voht schlägt vor, hierzu die Betroffenen zu hören und dann eine Entscheidung zu treffen.

Frau Gröschl-Bahr möchte zunächst auch noch div. Fragen geklärt wissen, z.B. ob die Heilsarmee eine Weiterfinanzierung ausgeschlossen hat oder welche Zielgruppe hier angesprochen werden soll.

Frau Zeplin betont die Wichtigkeit dieses Treffs und das hier aber die Eile geboten ist.

Frau Akyurt erkennt die berechtigten Fragen von Frau Gröschl-Bahr und spricht sich daher für den Prüfantrag aus.

Frau Siegenbrink erklärt, dass auch dort die Eilbedürftigkeit gesehen wird und daher auf die Ladung der Betreiber zu verzichten ist.

Frau Senatorin Steinrücke stellt klar, dass eine Bedarfsprüfung nicht Gegenstand des Antrags ist und berichtet, das inzwischen vom Begegnungstreff Salut ein Konzept zur Prüfung in der Verwaltung vorliegt.

Sie gibt ferner den Hinweis, dass vom Land finanzielle Kürzungen kommen und damit alle freiwilligen Leistungen der Stadt auf dem Prüfstand stehen. Zudem verweist sie auf noch ausstehende Prüfaufträge und erklärt, dass bis Mai keine ausführliche Bedarfsanalyse vorgelegt werden kann.

Frau Schwartz erklärt, dass man seitens der Verwaltung kläre könnte, welche ähnlichen Angebote es gibt, ob die Heilsarmee die Finanzierung einstellt und was das mit dem Quartier macht. Die Frage nach dem „Ob“ wird bis Mai nicht vorgelegt werden können.

Frau Schwartz bitte um Verständnis, aber aktuell sind höchste Anstrengungen erforderlich, überhaupt noch das operative Geschäft bewältigen zu können.

Die Vorsitzende lässt nacheinander über beide Anträge abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 1 Ja-Stimme und 14 nein-Stimmen den Antrag unter TOP 7.21 abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig den Antrag unter 7.2 anzunehmen.

### **Beschluss:**

*Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und ggf. wie das Salut (finanziell) unterstützt werden kann, insbesondere soll dabei auf die Möglichkeit eines Budgetvertrages und Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung eingegangen werden. Das Salut ist bereits von der Schließung bedroht, sodass Eile geboten ist und bereits in der März-Sitzung erste Ergebnisse erwartet werden. Zu dieser Sitzung sollen die Betreiberin des Begegnungstreffs zur Vorstellung der Einrichtung und der aktuellen Situation eingeladen werden.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.2.1 AM Andreas Müller (LINKE): Änderungsantrag zu VO/2024/12931 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut  
Vorlage: VO/2024/12931-01**

Gemeinsame Beratung mit TOP 7.2

**Beschluss:**

Der Antrag VO/2024/12931 wird folgendermaßen geändert:

**Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und ggf. wie das „Salut“ finanziell zu unterstützen. werden kann, insbesondere soll dabei auf die Möglichkeit eines Budgetvertrages- und Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung eingegangen werden.**

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	14
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.3 Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Keine Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete in Schleswig-Holstein / Lübeck  
Vorlage: VO/2024/12960**

Dieser TOP ist nicht zulässig und wurde von der TO gestrichen.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss beschließt:

Der Bürgermeister Jan Lindenau setzt sich gemeinsam mit Frau Steinrücke, Senatorin für Wirtschaft und Soziales, auf Landesebene dafür ein, dass Schleswig-Holstein auf die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete verzichtet.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.4 Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Lübeck bekennt sich zu Inhalten und Zielen der Istanbul-Konvention  
Vorlage: VO/2024/13068**

vertagt

**Beschluss:**

Der Bürgermeister lädt zu einem Arbeitskreis ein, um über konkrete Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu beraten und notwendige Maßnahmen auch zur Bewältigung der Folgen von Gewalt gegen Frauen und ggf. mit betroffener Kinder auf den Weg zu bringen.

An dem Arbeitskreis sollen möglichst Mitarbeiteide aller tangierenden Fachbereiche, Frauenbüro, Vertreter\*innen demokratischer Fraktionen, der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser teilnehmen.

Erste Maßnahmen sollen bis zur Haushaltssitzung im September 2024 identifiziert werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 8 Verschiedenes**

**zu 8.1 NEU: AM Akyurt erfragt Sachstand Housing First**

Frau Akyurt erfragt, ob es bereits Ideen der Verwaltung zum Housing First geben würde. Die Verwaltung wird in der nächsten Sitzung dazu berichten. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 8.2 NEU: AM Gröschl-Bahr: Nachfrage zur interfraktionellen Arbeitsgruppe i.S. Stellen für Sozialpsych. Dienst**

Frau Gröschl-Bahr erfragt, welchen Stand es zu der interfraktionellen Arbeitsgruppe gem. der Vereinbarung in der Sitzung vom 7.11.2023 unter TOP 3.3.10 gibt.

Herr Müller-Lornsen berichtet hierzu einen Antrag vorzubereiten. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 9      Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 17:56 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.  
Die Sitzung wird um 17:57 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**zu 15      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Lübeck, den 13. Mai 2024

Frau Renate Prüß  
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann  
Protokollführung